

Neoliberaler Gesellschaftsvertrag und Einwanderung Anmerkungen zur Im-Migrationspolitik

- I. Zwei Haltungen zur Immigration und zugeordnete politische Lager
- II. (1) Immigrationspolitik der 60er bis 80er Jahre, (2) postfordistische Im-Migration: Ausprägung und Gründe
- III. Neoliberale Immigrationspolitik und die Frage nach alternativen Ansätzen

I.

Bezogen auf die Frage, ob die EU-Staaten ihre Grenzen für Einwanderung prinzipiell offen halten sollten, sind seit langem zwei Haltungen zu unterscheiden, die gemeinsam um die folgende Frage kreisen: Wem denn „die europäischen Nationalstaaten mitsamt ihren Rechtsgütern und Reichtümern gehören“ (Jähner 1993, 53). Pocht die eine Haltung auf den „Anspruch auf Herrschaft im eigenen Land und Gemeinwesen sowie auf Alleinverfügung und -konsumtion des eigenen Wohlstandes“, so setzt die andere umgekehrt „die globale Universalität menschlicher Berechtigung auf Teilhabe und Teilnahme am europäischen Reichtum, an seinen Ländern/Territorien und seinen Rechtsgütern“ voraus. Die zweite Haltung bestreitet das europäische Eigentum, „weil es sich einer historischen globalen Ausbeutungsgeschichte verdanke. Wo sich in einem Fall die Verteilung europäischen Rechts und Reichtum als politisch rationales Gnadengeschenk darbietet, das dem eigenen Überfluß entspringt und sich mit ihm verknüpft; so im anderen Fall die Verweigerung von Rechtsverleihungen und Reichtumsverteilungen als Fortsetzung eines bloßen Raubes“ (ebd., 53 f.). Beide Haltungen (Jähner vermeidet zu Recht, sie als explizierte Positionen zu kennzeichnen) rechtfertigen sich mittels allgemeinsten ethischer Prinzipien und zu beiden gehört eine gewisse „Ferne zum Politischen“ (ebd.).

Es liegt nahe, beide Haltungen in ein Raster ‘national- oder lokalstaatliche Schließung bzw.

Öffnung’ einzuordnen. Die erste Haltung scheint Schließung, die zweite Öffnung nahezulegen. Keine der drei politischen Gruppierungen, die der ersten Haltung zuzuordnen sind, propagiert allerdings eine sowohl ökonomische und politische als auch soziale und kulturelle Schließung des lokalen oder nationalen Gemeinwesens. Selbst im *äußersten rechten politischen Lager*, das ja auf das Nationale, auf das Völkische pocht, wird nicht auf wirtschaftliche Abschottung, auf klassischen Protektionismus gesetzt. Die Stärkung Deutschlands im internationalen Wettbewerb soll allerdings nach rechter kulturdifferenzialistisch-rassistischer Lesart nur von Deutschblütigen veranstaltet werden.

Neo-Konservative beanspruchen zwar, wie das genannte rechte Lager, Herrschaft im eigenen Land und Gemeinwesen. Sie wissen aber, dass dieses angesichts der Dynamik des Weltmarktes, der postfordistischen Globalisierung¹ ein frommer Wunsch ist. Und so versuchen sie, diese, angeblich vom Himmel gefallenen, ‘Sachzwänge’ wenigstens in ihren sozialen und kulturellen Auswirkungen einzuhegen. Bis zur jüngsten Gegenwart bedeutete das hinsichtlich der Ausländerpolitik die (zumindest offizielle) Weigerung, Deutschland als Einwanderungsland zu deklarieren. D.h.: Arbeitsmigranten müssen mit dem Attribut ‘nützlich’ belegt werden können, im Alltag möglichst eine Tarnkappe tragen, keine ‘Paral-

¹ Zum schillernden Begriff ‘Globalisierung’, Mythos und politökonomische Realität zugleich, vgl. Hirsch 1995b, 1996, Röttger 1996 und hier den Anhang S. 18.

lgesellschaften' ausbilden, kurzum: sich unauffällig der einheimischen Mehrheitsgesellschaft anpassen, wenn sie denn schon in Deutschland bleiben wollen. Voll assimiliert (nicht 'integriert', wie es der konservative Sprachgebrauch suggeriert) steht dann ihrer Einbürgerung nichts mehr im Wege, es sei denn, sie 'nutzen uns' als Arbeitslosen- oder Sozialhilfeempfänger nicht mehr oder beanspruchen zwei Pässe.

Das dritte politische Lager, der *neoliberale Mainstream* – zu diesem rechne ich die rechte bis linke sogenannte gesellschaftliche Mitte, wozu inzwischen auch der weitaus größte Teil der Bündnisgrünen gezählt werden muss –, hat weniger bzw. keine Probleme mit den 'Sachzwängen' Weltmarkt / Globalisierung. Nach neoliberaler Lesart hat sich alles staatliche Handeln, von der Technologie-, Beschäftigungs- (einbezogen die Immigrationspolitik) und Sozial- bis hin zur Kulturpolitik, dem *Diktat von Standortpolitik* unterzuordnen. Unter neoliberaler Hegemonie hat denn auch der fordistische Wohlfahrtsstaat mit seinen Versprechungen auf ständiges Wohlstandswachstum, soziale Sicherheit und materielle Gleichheit dem „postfordistischen ‘nationalen Wettbewerbsstaat’“ Platz gemacht. „Zu wählen gibt es in ihm faktisch immer weniger. ... Der ‘Sachzwang Weltmarkt’ droht, jede gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeit auszulöschen“ (Hirsch 1995b, 23 f.). Das entscheidende Ziel des neoliberalen Gesellschaftsvertrages ist heute „die *Formierung einer ‘Wettbewerbsgemeinschaft’*, also die zivilgesellschaftliche Absicherung des ‘Wettbewerbsstaats’ ... im ‘Weltwirtschaftskrieg’“ (Altvater 1994, 538; Herv. MO). Der Wettbewerbsstaat ist, so Altvater weiter, „... nicht unbedingt friedlicher Handelsstaat. Er definiert sich gegenüber anderen nationalen oder regionalen Wettbewerbsstaaten in der Konkurrenz.“² (...) Nach innen der Gesellschafts-

² Der Nationalstaat steht laut Holloway (1993, 22 f.) unter dem permanenten Druck Kapital anzuziehen. „Der Konkurrenzkampf zwischen Nationalstaaten ist ... ein Kampf zwischen Staaten um die Anziehung und/ oder den Erhalt eines Teils des Weltkapitals (und daher eines Teils des globalen Mehrwerts). Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Nationalstaat versuchen, günstige Bedingungen für die Reproduktion des Kapitals innerhalb seiner Grenzen zu sichern (durch die Bereitstellung von Infrastruktur, die Aufrechterhaltung

vertrag und die Gemeinschaft der ‘Wettbewerbsbürger’³, nach außen der Kampf um Märkte. ... So kommt doch der traditionelle Nationalstaat, in neuer und höchst unsympathischer Gestalt zurück ...“ (ebd., 544). Die allgemeine ‘Konkurrenzangst’ führt heute allerdings nicht mehr zur nationalstaatlichen Schließung, Einigelung, sondern zu Maßnahmen eines „*dynamischen Protektionismus*“: Schutz vor der Konkurrenz durch Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im geökonomischen Raum“ (ebd. 519; Herv. MO).

Das neoliberale Lager betreibt seit Jahren seine Ausländerpolitik pragmatisch, d.h. durchaus im Bewusstsein, Deutschland sei längst Einwanderungsland. Diese Immigrationspolitik war und ist jedoch, trotz aller emphatischen Öffnungen/m Fremden gegenüber, mehr und mehr geprägt von einem Druck in Richtung Immigranten, der sich von dem der Neokonservativen nur graduell unterscheidet. Allerdings wird ‘Integration’ nicht nur als Einbahnstraße verstanden, sondern zumindest betont, welche ‘Integrationsleistung’ und -angebote die Einwanderungsgesellschaft zu erbringen bzw. zu offerieren habe.⁴ – Die Grenzen zwischen allen drei genannten politischen Gruppierungen sind ohnehin fließend. So ist ein indirekter Rassismus, dessen diskursive Form auf der Basis von Unterschwelligem, Implizitem, nur Konnotiertem und Vorausgesetztem operiert, nicht nur Teil der Alltagspraxis von Rechten, er reicht vielmehr bis in die linke gesellschaftliche Mitte hinein.

von Recht und Ordnung, die Erziehung und Regulation von Arbeitskräften, usw.), sowie dem Kapital, das in-nerhalb seiner Grenzen operiert, internationale Unterstützung zu gewähren, weitgehend unabhängig von der Staatsangehörigkeit der legalen Eigner dieses Kapitals.“ Der Antagonismus zwischen den Nationalstaaten „ist nicht Ausdruck der Ausbeutung der ‘peripheren’ durch die ‘zentralen’ Staaten (wie die Dependenz-theoretiker behaupten), sondern drückt die (äußerst ungleiche) Konkurrenz zwischen ihnen um die Anziehung (oder Bewahrung) eines Teils des globalen Mehrwerts auf ihr Territorium aus“.

³ Inwieweit in dieser Gemeinschaft durchaus Platz für gewisse ‘nützliche’ Zuwanderer ist siehe unter III.

⁴ Auf dieses dritte politische Lager, auf die gesellschaftliche Mitte, die ja bestimmender Träger der Immigrationspolitik ist, gehe ich unter III. noch näher ein.

Die von Jähner genannte zweite Haltung ist einem *politisch linken Spektrum* zuzuordnen, das dafür plädiert, die Grenzen für Einwanderung prinzipiell offen zu halten. Politische, soziale und kulturelle Schließungen sind diesem linken Internationalismus fremd. Dessen Form einer (moralischen) Imperialismus- bzw. Kapitalismuskritik blendet aber aus, worauf John Holloway (1993, 20) aufmerksam macht, dass nämlich kein Nationalstaat – ob ‘reich’ oder ‘arm’, ob Ein- oder Auswanderungsland, den ‘zentralen’ Staaten bzw. industriekapitalistischen Metropolen oder ‘periphereren’ zugeordnet – unter Absehung von seiner Existenz als „Moment des globalen Kapitalverhältnisses“ verstanden werden kann. Die so oft getroffene Unterscheidung von ‘abhängigen’ und ‘nicht abhängigen’ Staaten falle laut Holloway in sich zusammen. „Alle Nationalstaaten sind – historisch und immer von neuem – definiert durch ihre Beziehung zur Totalität kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse.“ Dies bedeutet, dass das Verhältnis der EU-europäischen und nordamerikanischen Länder zu jenen der sogenannten III. und II. Welt nicht mehr mit Kategorien der klassischen Imperialismustheorie wie (direkte) ‘Ausbeutung’ und ‘Raub’ erfasst werden kann. Sinnvoller ist es, von „ungleicher Konkurrenz“ (siehe Fußnote 2) zwischen den Nationalstaaten zu sprechen oder auf Hegemonialstrukturen jenseits traditioneller Staatlichkeit im globalen Kapitalismus abzuheben. – Teilgruppen dieses linken Spektrums in Deutschland können zudem als Postnationalisten jenes Typs bezeichnet werden, für die die historische Katastrophe derart im Zentrum steht, dass nur „der Übersprung in eine Sphäre jenseits aller Nationalen“ bleibt (Leggewie in *Die Woche* vom 17.11.2000, zitiert nach Mert). Antikapitalismus beschränkt sich bei diesen Linken zumeist auf Antifaschismus, und ihr Antirassismus erhält die Funktion, historische Schuld abzutragen.

Bevor ich unter III. näher ausführe, worin denn die neoliberale Immigrationspolitik besteht und nach Alternativen frage, skizziere ich in einem Rückblick die Immigrationspolitik der 60er bis einschließlich 80er Jahre (1) und verdeutliche, inwieweit sich die Im-Migration dieser Jahre von der der 90er Jahre bis heute unterscheidet (2).

II.

„Das Ende des langen Nachkriegsbooms war auch das Ende der relativen Abschottung des Nationalstaates.“

„Der Nationalstaat ist nicht mehr, was er einmal war. Es gibt ... eine Verschiebung staatlicher Macht hin zur globalen Ebene Politische Entscheidungen, die auf der Ebene des Nationalstaats getroffen werden, sind nun direkter in die globale Kapitalbewegung eingebunden. In diesem Sinne kann gesagt werden, daß der Nationalstaat ausgehöhlt ist“ (Holloway 1993, 27, 30).

„Zwar verfügt der Nationalstaat noch immer über die Macht, seine Einwanderungspolitik festzuschreiben, doch angesichts vielfältiger internationaler Verpflichtungen kann er die realen Migrationsbewegungen mit seiner Politik ... nur noch marginal beeinflussen“ (Sassen 2000, 12).

„Illegale Zuwanderung wird es ... immer geben. Und die Versuchung zur Einwanderung wächst mit der Höhe des Zauns um das gelobte Land. Daran ändern auch Einwanderungsgesetze wenig“ (Bade 2000a, 13).

(1) Nachdem der Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR Anfang der 60er Jahre durch die Schließung der innerdeutschen Grenze versiegt, schloss die Bundesregierung bilaterale Verträge mit einigen Mittelmeerländern zur ‘Ein- bzw. Ausfuhr’ von Arbeitskräften ab – in der zeitlichen Reihenfolge: Italien, Spanien / Portugal, Jugoslawien und ab Ende der 60er Jahre mit der Türkei. Ursprünglich war der Aufenthalt der Arbeitsmigranten zeitlich limitiert (‘Gast’arbeitermodell). Die volle Durchsetzung und der Erfolg des fordistischen Akkumulationsregimes und das darauf gegründete nationale Wachstums- und Entwicklungsmodell sollten nicht gefährdet werden. Eine auf industrielle Massenproduktion ausgelegte tayloristische Arbeitsorganisation benötigte seinerzeit den Zustrom hunderttausender billiger, unqualifizierter, schnell anzulernender Arbeitskräfte aus den ländlichen Randgebieten Europas und aus Anatolien. Die bilateralen Verträge mit den einzelnen Mittelmeerländern

schloss die Regierung mit Zustimmung der Gewerkschaften⁵ und der Arbeitgeberverbände ab (konzertierte Aktion). Im Rahmen der national verfassten Sozialpolitik – ausgezeichnet durch das Inländerprimat auf dem Arbeitsmarkt, den Flächentarifvertrag, durch den Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat für die nationale Bevölkerung – „war eine Vielzahl sozialer Problemlagen, die sich aus dem Migrations- und Einwanderungsprozess ergaben, quasi systemfremd“ (Treichler 2000).

Insgesamt gelang aber die Integration der ausländischen ArbeiterInnen in die Betriebe relativ gut, vor allem besser als ihre Integration in andere gesellschaftliche Bereiche. Mehr noch: ausländische ArbeitnehmerInnen gehören inzwischen in den Unternehmen und in der Gewerkschaft zum aktiven Teil. Günter Hinken (2001) verweist darauf, dass nicht die politische Diskussion *über* Ausländer, sondern *mit* ihnen in den Unternehmen die Normalisierung ihrer betrieblichen Stellung vorangetrieben hat.⁶ Die arbeitsrechtliche Gleichstellung der Arbeitsmigranten, vor allem im BetrVG des Bergbaus und der Metallindustrie festgeschrieben,⁷ markiert nach Hinken (ebd.) den entscheidenden Unterschied zwischen betrieblicher und gesamtgesellschaftlicher Ebene, auf der nichtdeutschen Staatsangehörigen aus der EU lange Zeit und solchen aus Nicht-EU-Ländern bis heute die politische Teilhabe verweigert wurde.⁸ – Die Herkunftsländer

hatten durch den Wegzug großer Teile ihrer ‘überflüssigen’ Bevölkerung⁹ nicht nur den Vorteil einer Entlastung ihres Arbeits-, Wohnungsmarktes etc., sondern auch jenen des von den Gastarbeitern überwiesenen, nicht unerheblichen DM-Devisenzuflusses.¹⁰ Ich erwähne das Faktum Arbeiterdevisen, um nicht immer nur die negativen Folgen der Emigration (Stichwort ‘brain drain’) für die Auswanderungsländer hervorzuheben.

Diese fordistische Immigration der 60er bis Anfang der 80er Jahre – sie war geprägt durch eine Hereinnahme von Arbeitsmigranten, die fast ausnahmslos in weniger qualifizierten Arbeitsplätzen in der Industrie, im Baugewerbe und im unteren Dienstleistungsbereich eingesetzt wurden – verschärfte objektiv die Arbeitsplatzkonkurrenz wenigstens bis hinunter zur einheimischen unteren Mittelschicht nicht. Was nicht heißt, dass dies subjektiv von Teilen der arbeitenden Bevölkerung so gesehen wurde und nicht ausschloss,

auf die veränderte politische Lage einstellen. Forderungen der ausländischen Arbeitnehmer nach beweglicheren Urlaubsregelungen ..., nach flexibleren Arbeitszeiten zur Ausübung religiöser Pflichten oder nach verstärkter Berücksichtigung ausländischer Jugendlicher bei betrieblichen Einstellungen bringen den gewohnten Gang einheitsgewerkschaftlicher Interessenvertretung durcheinander – jedoch nicht auf Kosten des Betriebsfriedens, sondern zu dessen Wahrung“ (ebd.). Trotz dieser Entwicklung darf nicht unterschlagen werden, dass Arbeitsmigranten ihren deutschen Kollegen gegenüber sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch in den Betrieben immer noch strukturell benachteiligt sind.

⁹ Dass ein Großteil der ‘überflüssigen’ Bevölkerung vor der Armut im eigenen Land flüchtet, also auswandert ist auch in der europäischen Geschichte bis in das 20. Jahrhundert hinein nichts Aussergewöhnliches. Man denke nur daran, wie im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert die ‘überschüssige’ europäische Bevölkerung die Möglichkeit hatte, in die Siedlungskolonien der beiden Amerikas, Afrikas und Australiens als ‘Wirtschaftsflüchtlinge’ auszuweichen. Man kann fragen, inwieweit die Industrialisierung bzw. Modernisierung Europas ohne diese Emigration breiter Teile der Bevölkerung weniger glatt oder anders verlaufen wäre.

¹⁰ Dieser lag z.B. in der Türkei 1980 bei 2 071 Mio. US-\$, bei einem BIP von 53 820 Mio. (zum Vergleich: die BRD 1980 = 819 140 Mio. US-\$), einem Exportvolumen von 2 910 und einem Import- von 7 667 Mio. US-\$.

⁵ Die Gewerkschaften stimmten den Verträgen in den 60er Jahren nur zögernd zu. Sie hatten Bedenken, die Hereinnahme von Arbeitsmigranten könne den mühsam errungenen fordistischen ‘Klassenkompromiss’ bzw. ‘Sozialpakt’ aufweichen.

⁶ Es gibt auch lebensweltliche Bereiche, wo Einwanderer wie selbstverständlich mitarbeiten, so z.B. in Projekten, denen es um die Verbesserung der Infrastruktur des Stadtteils ging bzw. geht (Wohn- und Verkehrsbereich, Bildung).

⁷ Ganz im Gegensatz zum unteren Dienstleistungsbereich und Baugewerbe; vgl. zum Letzteren den Aufsatz von Baumann/Laux/Schnepf 1996.

⁸ Nach Hinken zeigen Ergebnisse von Betriebs- oder Aufsichtsratswahlen in den Unternehmen des Bergbaus und der Metallindustrie ein gestiegenes politisches Selbstbewusstsein der Arbeitsmigranten: „Durch die Wahl ausländischer Betriebsräte und der vereinzelt aufgestellten eigener Ausländerlisten müssen sich die deutschen Gewerkschaftsfunktionäre

dass die ethnisch-kulturellen Minderheiten nicht schon in diesen Jahren diskriminierenden und rassistischen Anwürfen ausgesetzt waren. Die Hereinnahme qualifizierter ausländischer Fachkräfte *heute* führt jedoch dazu, daß sie neuerlich auch von einem Großteil der liberalen Mittelschichten zunehmend als Konkurrenten auf dem Qualifikations- und Arbeitsmarkt betrachtet werden. Diese einheimischen Gruppen haben längst ihre Begeisterung über 'multikulturelle Vielfalt' aufgegeben und widersetzen sich mehr und mehr den alltagspraktischen Konsequenzen 'ethnischer Durchmischung'.¹¹ Umso stärker müssen sich die Fetischisten der Standortkonkurrenz, -sicherung ins Zeug legen – dazu aber mehr unten. – Diesen Vorgriff auf die Gegenwart breche ich kurz ab, um die Veränderungen der Rahmenbedingungen der 'Ausländer'politik und diese selbst im Deutschland der 80er und 90er Jahre zu skizzieren.

Als bedingt durch die Umstrukturierung der Weltwirtschaft resp. Weltwirtschaftskrise Ende der 70er-Jahre das Projekt Wohlfahrtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland bzw. der 'Rheinische Kapitalismus' in die Krise kam und auch hierzulande die Zeit der Vollbeschäftigung zu Ende ging, wurden ausländische Arbeitskräfte nicht mehr angeworben. Im Gegenteil, es wurden 'Rückkehrprämien' offeriert. Lediglich der Zuzug von „deutschblütigen“ Aus- und Übersiedlern, die uns „emotional oder moralisch nahe stehen“, so der damalige nordrhein-westfälische Innenminister, wurde gestattet. Das Unwort 'Asylant' tauchte bereits Mitte der 80er Jahre auf, und schon vor der konservativen Wende 1983 war vom „vollen Boot“, von „Ausländerschwemme und Asylantenflut“ die Rede. In West-Berlin sprach der sozialdemokratische Landesschulrat von der „schleichenden Landnahme durch die Türken in Berlin“. Dabei stieg die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer von 1980 bis 1990 kaum an: 1980 = 4,45, 1985 = 4,38 und 1990 = 4,85 Mio (= 7,8 % der Gesamtbevölkerung der alten BRD; DDR: 0,19 Mio. = 1,2%). Von wachsenden Fluten, die den überfüllten Luxusliner Deutschland zum Kentern bringen

¹¹ Vgl., auch zum nächsten Kurzabschnitt, Ohm 1993/98, Abschnitt B 7, S. 80 ff.

sollten, konnte also keine Rede sein. In der erregten öffentlichen Debatte wurde zudem Zweierlei nicht beachtet: 1990 z.B wanderten 590 000 Menschen ein, 545 000 verließen aber auch die Bundesrepublik; die in Deutschland geborenen 'Aus'länderInnen tauch(t)en in der Ausländerstatistik auf – ganz anders in Frankreich: jede/r dort Geborene ist von vornherein Bürger/in der Republik.¹²

(2) Spätestens gegen Ende der 80er Jahre wurde deutlich, dass die Vertiefung der Kluft zwischen den Lebensbedingungen in den Ländern der sog. III. Welt und den industriekapitalistischen Metropolen zu einer erheblichen Beschleunigung von Migrationswellen führen würde. Hinzu kam 1989/90 ff. mit dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch der II. Welt die Öffnung der Grenzen zu den Völkern des Ostens. Obwohl Deutschland und andere EU-Staaten offiziell längst keine Arbeits-Migranten mehr aufnahmen und die Grenzen schlossen – die Oder-Neiße-Grenze wurde zum west-mitteleuropäischen Rio-Grande –, nahm die Zuwanderung in die 'EU-Festung' zu – und dies trotz Aushöhlung, ja letztlich Abschaffung des bundesrepublikanischen Grundrechtes auf Asyl und der Installierung des Schengener Abkommens. So stieg in Deutschland zwischen 1990 und 1998 der Anteil der Bevölkerung ohne deutschen Pass auf 7,3 Mio. = 8,9% an.¹³ Wie kam es zu dieser Zunahme, nicht nur in Deutschland?

Im Verlauf der 90er Jahre hat sich (a) die *Migration zunehmend weltweit entgrenzt* und haben sich (b) *neue Zuwanderungs- und Aufenthalts-*

¹² Um noch ein anderes Faktum zu nennen, das in der Öffentlichkeit bis heute unterschlagen wird: In Deutschland erwirtschafteten Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre die 7% nichtdeutschen Arbeitskräfte 10% des Bruttoinlandproduktes bzw. 8% des Bruttosozialproduktes und zahlten, obgleich sie mehr Arbeitslose stellten als die einheimischen, weit mehr in die Systeme der sozialen Sicherung ein, als sie ihnen entnahmen. Es wäre nützlich, sich die entsprechenden Daten von heute zu beschaffen.

¹³ Im internationalen Vergleich ist das kein ausgesprochen hoher Wert, wie oft suggeriert wird. Nimmt man die Bevölkerungsgruppe mit ausländischem Pass heraus, die seit über acht Jahren in Deutschland lebt, kommt man auf einen Wert von gerade einmal 3,2 Mio.

muster in den westeuropäischen Ländern etabliert.

(a) Durch was wurde und wird diese weltweite Wanderung¹⁴ angetrieben? (Vgl. Bade 2000b, Altvater/Mahnkopf 1996, Sassen 2000)

1. Bezogen auf die Südhalbkugel durch die „Schere zwischen starkem Bevölkerungswachstum und stagnierendem oder sogar schrumpfendem Erwerbsangebot. Sie öffnet sich besonders in der durch Bodenverknappung, Umweltprobleme, Mechanisierung der Produktion, aber auch durch Welthandelseinflüsse verschärfte Krise der Landwirtschaft“ (Bade, ebd.). Regionale Landflucht, wachsende Slums der Megastädte, aus denen wieder neue Wanderungsbewegungen ins Ausland ausbrechen, sind die Folgen.
2. Durch die mobilisierende Kraft von klimatisch bedingter und menschlicher Umweltzerstörung: In ökologisch kritischen Zonen leben weltweit bereits ca. 1.6 Mrd. Menschen; akut bedroht sind ca. 135 Mio.
3. Durch den Kampf um knapper werdende, für Leben und Überleben unabdingbare Ressourcen (Beispiel: Wasserkonflikte).
4. Als Folge disproportionalen Wachstums verschärfte sich das globale und regionale Entwicklungsgefälle. Dieses wurde noch verstärkt durch die forcierte Entfesselung von Kapitalbewegungen, Produktions- und Marktbeziehungen im *Globalisierungsprozess*.
5. Der Globalisierungsprozess beeinflusst direkt oder indirekt das Wanderungsgeschehen selbst. „Der weltweiten Entgrenzung der Produktionszusammenhänge, Markt- und Kapitalbewegungen entspricht auch eine gewisse *Entgrenzung des Migrationsgeschehens*: Von

¹⁴ Am Ende des 20. Jahrhunderts beträgt die Zahl der Migranten weltweit 120 Mio., davon gut 30% in Afrika und ca. 5% in Europa. Klaus Bade (2000 b) vermerkt zu diesen Fakten: „Es gibt mithin einen klaffenden Unterschied zwischen globalen Dramen im Flucht-geschehen und europäischer Dramaturgie bei der Inszenierung der ‘Betroffenheiten’ durch weltweit wachsenden ‘Migrationsdruck’, über dessen Einschätzung sich die Geister scheiden. Die Geschichte der Süd-Nord-Wanderung nach Europa ist, so betrachtet, im Grunde weniger eine Geschichte von Wanderungsbewegungen als eine Geschichte der Angst davor und Abwehr dagegen.“

global vernetzten Medien transportierte Bilder des vergleichsweise reichen Nordens und Westens bewirken im Süden und Osten nicht nur Konsum-, sondern auch Migrationsanreize ...“ (ebd.).

Im Gegensatz zur Abwanderung der besser qualifizierten – die den relativen Verarmungsprozeß der Herkunftsgebiete noch beschleunigen – haben in der Regel die Ärmsten der Armen keine Chance, auch nicht als Flüchtlinge und Verfolgte. „Die Rede von ‘Armutflüchtlingen’ in denunziativer Abgrenzung von politischen Flüchtlingen ist deshalb doppelt irreführend; zum einen, weil es den ‘reinen’ politischen Flüchtling im Sinne z.B. des deutschen Asylrechts (unter das Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge als solche nicht fallen) in der Wirklichkeit kaum gibt; zum anderen, weil tatsächlich von ökonomischen und sozialen Motivationen bestimmte, in Europa eintreffende Wirtschaftsmigranten im engeren Sinne dieses vielfach denunziatorisch mißbrauchten Begriffs meist nicht aus Armut, sondern vor Armut fliehen. Gemessen an den Soziallagen im Herkunftsland stammen sie mitunter sogar aus so gehobenen Verhältnissen, dass ihre Wanderung der ‘Elitenmigration’ zugerechnet werden kann“ (ebd.).

6. Die Weitung zum globalen Raum (siehe 5.) schafft einen *globalen Arbeitsmarkt* für bestimmte Sorten des ‘Humankapitals’ (Arbeitskräfte mit mittlerem und vor allem hohem Qualifikationsniveau; siehe 5. ‘Elitenmigration’) – ‘global sourcing’ betrifft heute eben auch Arbeitskräfte. (Auf dieses Ausschöpfen von Humanressourcen gehe ich noch genauer ein.)
7. Und schließlich wird die weltweite Migration angetrieben durch ethnisch aufgeladene Macht- und Verteilungskämpfe in den Herkunftsländern, die in Selbst- und Fremdbeschreibungen oft als ‘ethnische’ oder ‘religiös-kulturelle’ Konflikte betrachtet werden. Solche Konflikte, bis hin zum Austragen von Bürgerkriegen, haben zumeist eine lange Vorgeschichte. Die Ursachen kolonial induzierter und postkolonial eskalierender Spannungen und Konflikte sind vielfältig.

(b) Die neuen Zuwanderungs- und Aufenthaltsmuster reichen nach Klaus Bade (2000a, 11) „von der regelmäßigen *scheinlegalen Pendel-*

wanderung (beispielsweise von 'Touristen' oder 'Familienbesuchern') über *irreguläre Arbeitsaufnahme* (zum Beispiel von polnischen Bauarbeitern, die täglich bis in den Großraum Berlin fahren) bis zum *vollständigen 'Abtauchen' in die Illegalität*, wenn Ausreiseverfügungen im Briefkasten landen oder die Abschiebung unmittelbar droht" (Herv. MO).

Man kann vier in sich vielfältige und z.T. übergehende Erscheinungsformen irregulärer bzw. illegaler Zuwanderung unterscheiden (siehe ebd.):

1. die legale Einreise, z.B. als Tourist, als Saisonbeschäftigter, Asylsuchender oder Flüchtling;
2. die illegale heimliche Zuwanderung, z.B.: durch einen Grenzübertritt mit gefälschten Papieren;
3. die international organisierten Schlepperorganisationen;
4. Seit der Öffnung des Eisernen Vorhangs haben sich in der interkontinentalen Süd-Nord- und in der Ost-West-Wanderung neben den Migrationsmustern auch die Migrationspfade verändert.

Nach amtlichen Schätzungen gelangen trotz Verschärfung der Grenzanlagen jährlich etwa 500 000 Migranten illegal in das EU-Europa (siehe Mert 2001, 31), und in Deutschland halten sich zur Zeit wenigstens ebenso viele Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung auf. Die EU-Gesellschaften sind von Scheinheiligkeit geprägt: Sie sind auf die irregulären und illegal Beschäftigten angewiesen (siehe z.B. das offene Geheimnis, dass auf der Großbaustelle Berlin die von der Bundesregierung vorgegebenen Kosten spielräume ohne den Einsatz der 'papierlosen' Bauarbeiter nicht hätten eingehalten werden können), die deshalb, entgegen der offiziellen Rhetorik und symbolischer Drohgebärden, ein „hohes Maß an stiller Akzeptanz und stillschweigender behördlicher Duldung“ genießen. „Das gilt auch trotz der bekannten Tatsache, dass illegale Arbeit meist unterbezahlt, unterversichert, unverteuert und oft mit Schwerstarbeit und gesundheitlichen Risiken verbunden ist“ (Bade ebd., 12). Alain Morice (2000) spricht in diesem Zusammenhang von der sog. 3 D-Arbeit: 'demanding, dangerous, dirty' – anstrengend, ge-

fährlich und schmutzig. Bezogen auf Frankreich führt er aus, dass im französischen Hotel- und Gaststättengewerbe, bei der Obsternte und in den Zuliefererbetrieben der Bau- und Textilindustrie das Arbeitsrecht praktisch ein Fremdwort geblieben sei. „Dass sich die Franzosen für diese Arbeit zu gut seien, wie es oft heißt, stellt den eigentlichen Sachverhalt auf den Kopf. Die Arbeitsbedingungen in diesen Sektoren sind so unsäglich, dass die Arbeitgeber für diese ... Arbeit gar keine Franzosen wollen. Freilich wäre es gewissen Leuten trotzdem viel lieber, wenn in diesen Bereichen – parallel zur 'High-Tech-Immigration' – 'unsere eigenen' Humanressourcen – Frauen, junge Menschen und Arbeitslose – zum Einsatz kämen. Und folgerichtig plädieren sie denn auch für eine Aufweichung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen“ (ebd.). Unter der Überschrift „Leitkäufe im Treibhaus der Zuwanderungsfrüchte“ hebt Necati Mert (2001, 31) auf das 'global sourcing' von Arbeitskräften ab: „Zu den wenigen Momenten, die für die neoliberale Erneuerung des nordamerikanischen Kapitalismus sprechen, gehört die *Einwanderungsindustrie*. Als Vorbild wird gepriesen, wie das Imperium pax Americana die besten Köpfe aus der ganzen Welt bekommt¹⁵ (Herv. MO). Es herrscht der Zustand der Standortschlacht im Euro-Kastell. Notstände in den Computerhallen, Altenhäusern, Spitälern, Mittelklassehaushalten, Hotelküchen, Metropolitanbordellen, Agrarfeldern alarmieren die Regimenter, im Spannungsfeld zwischen dem Wettbewerb um Migrationssöldner und ethnophoben Reaktionen zu lavieren. Aussicht auf Sieg hat jener Nationalclub, der am schnellsten zeitgemäße Verwertungs- bzw. Rekrutierungsparadigmen für den Einsatz fremder Fronarbeit erstellt.“

Merts Stichwort 'Einwanderungsindustrie' meint genau jenes, was oben (a, 6.) mit *Ausschöpfen von Humanressourcen auf dem globalen Arbeitsmarkt* angesprochen wurde. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (2000) verweisen darauf, dass für bestimmte Sorten des Humankapitals ein globaler Arbeitsmarkt hergestellt

¹⁵ Im März des Jahres 2000 war in den amerikanischen Unternehmen der IT-Branche die Quote von 115 000 H1-B-Visa für ausländische Arbeitnehmer erreicht (vgl. Morice 2000).

werde, mit 'green-card' und 'bluecard' formell, aber vor allem unterhalb der Gesetzesschwelle informell. „Denn unter den Bedingungen digitalisierter Wertschöpfungsprozesse und 'management by wire' sind nicht die an einem Standort vorhandenen Ressourcen maßgeblich; wettbewerbsentscheidend ist vielmehr das Wissen darum, welche Ressourcen wo zur Verfügung stehen und wie sich diese kombinieren lassen.“ Beide (ebd.) benennen aber auch den Preis dieser Ressourcenausschöpfung für die Empfänger- und Geberländer: „Die Extremflexibilisierung jedoch ist eine gewaltige Verschleuderung von Humankapital, weil 'learning by doing' fast unmöglich wird. Es unterbleiben 'Investitionen am Standort', weil die benötigten Qualifikationen ja weltweit beschafft werden können und für viele Länder, aus denen begehrte Fachkräfte 'abgerufen' werden, für deren Bildung und Ausbildung zum Teil erhebliche finanzielle Mittel und nicht monetär entgeltete Arbeit (in der Regel von Frauen) aufgewandt wurde, ist der 'brain drain' ein großes Problem. Denn zukünftige Entwicklungschancen können dadurch gefährdet werden.“ An anderer Stelle sprechen Altvater/Mahnkopf (1996, 27) von der (ich füge hinzu: tendenziellen) weltweiten Vergleichbarkeit der Arbeitskraft hinsichtlich ihrer Qualifikation und damit ihrer globalen Verwendbarkeit. So sind ein indischer Computerspezialist und ein ungarischer Industriefacharbeiter auf dem globalen Arbeitsmarkt durchaus konkurrenzfähig, wenn sie denn die Chance erhalten, als 'Arbeitskraftunternehmer' auf diesem zu agieren. M.a.W.: Benötigte, global einsetzbare Qualifikationen können fast überall abgefragt werden (Prozeß der Vereinheitlichung von Qualifikationen). „Die postfordistische Organisation der 'objektiven' Produktionsbedingungen ist nicht durch den 'subjektiven Faktor' begrenzt. Mathematik oder Informatik sind die Ingredienzien einer universellen 'Wissensgesellschaft', deren Ressourcen tatsächlich überall auf dem Planeten angezapft werden können.“¹⁶

Selbst wenn man diese Einschätzung von Altvater/Mahnkopf für übertrieben hält, so wird

¹⁶ Zu unterbleibenden 'Humankapitalinvestitionen' und zur 'Wissensgesellschaft' vgl. meine kritischen Ausführungen in Ohm 2000, Abschnitt II 3.

doch eines deutlich: die treibende Kraft in Hinblick auf das Ausschöpfen von Humanressourcen auf dem globalen Arbeitsmarkt ist das Kapital. Es übt in seinem Interesse, nämlich Verwertung von billiger, möglichst hochqualifizierter Arbeitskraft, dessen Ausbildung wenig, besser noch: gar nichts kostet,¹⁷ Druck auf den Staat, auf die Regierung aus. Der 'nationale Wettbewerbsstaat' sieht sich gezwungen, das nationale und ausländische Kapital im eigenen Land zwecks 'Standortvorteil'-Sicherung zu unterstützen. Heruntergefahren bzw. ins Ausland verlagert werden darf und soll die Produktion auf keinen Fall, hat doch der (Steuer-)Staat ein Interesse an sich selbst, und weiß doch das Kapital eine gewachsene (Produktions-)Infrastruktur hoher Qualität zu schätzen. Nicht zufällig haben alle relevanten Konzerne ihren Sitz oder ihr operatives Zentrum fast ausschließlich in den starken Staaten des Weltsystems. „Dies kann bis an die Grenze einer Instrumentalisierung der Staaten für Unternehmensinteressen reichen, bleibt aber im Grundsatz ein widersprüchliches Kooperations-/Konflikt-Verhältnis (Hirsch 2000, 334).“¹⁸

Nach Saskia Sassen (2000, 13) zeichnet sich im Verhältnis von Regierung zum Privatsektor

¹⁷ Wenn der inländische Arbeitsmarkt dieses hergibt, der Standort allgemein (Infrastruktur), dann besteht keine ausgesprochene Notwendigkeit ausländische Arbeitskräfte anzuwerben – aber vielleicht gibt es weltweit gesehen noch bessere, noch flexiblere Köpfe.

¹⁸ Hirsch (1995 b, 24) schreibt zum allgemeinen Verhältnis von Nationalstaaten und internationalem Kapital: „Die Nationalstaaten gehen im Globalisierungsprozess keineswegs unter, sondern strukturieren sich um, erhalten neue Gestalten und Funktionsbestimmungen. Sie bleiben nicht nur entscheidende Voraussetzungen für die Regulierbarkeit der kapitalistischen Klassenverhältnisse, sondern werden für Schaffung der infrastrukturellen, sozialen und politischen Bedingungen komplexer und hochtechnologischer Produktionsprozesse sogar immer wichtiger. (...) Das internationale Kapital 'emanzipiert' sich dadurch nicht einfach von Politik, sondern wird in vielfacher Hinsicht sogar abhängiger von ihr. Dies eröffnet vor allem dann Spielräume, wenn sich Staaten, Regionen und Kommunen nicht hemmungslos gegeneinander ausspielen lassen. Die schrankenlose Flexibilität der globalen Geld- und Kapitalströme selbst ... kann bei genügender internationaler Kooperation nach wie vor politisch kontrolliert werden.“

ein Machttransfer zugunsten des Letzteren ab.¹⁹ So seien beispielsweise im Rahmen des Nord-amerikanischen Freihandelsabkommen (Alena) zahllose Expertenkommissionen mit wirtschaftspolitischen Entscheidungen betraut, die eigentlich eine Sache der gewählten Volksvertreter sein müssten. Die Arbeitskräfte, von denen diese Abkommen handelten, wiesen hochspezifische Merkmale auf: hohes Bildungsniveau oder Kapital, hohe Flexibilität; sie brächten dem Zielland hohen Gewinn. Verlängere man diesen Entwicklungstrend in die Zukunft, so Sassen, „werden die Regierungen nur noch für die ‘Problemfälle’, die ‘wertschöpfungsschwachen’ Immigranten zuständig sein: für die Armen, die nichtqualifizierten Billigarbeitskräfte, die Flüchtlinge, für abhängige Familienmitglieder und jene Facharbeiter, die für politische Spannungen sorgen könnten. Diese *Zweiteilung der Arbeitsmigranten* wird sich in Zukunft wohl auf die begriffliche Definition des ‘Immigranten’ niederschlagen“ (Herv. MO). Auch im EU-Europa zeichnet sich dieser Trend einer Zweiteilung ab. In diesem Konzert einer stillschweigenden Arbeitsteilung zwischen Kapital und Staat/Regierung spielen die Gewerkschaften eine untergeordnete Rolle, nicht mehr die eines respektablen nationalen Sozialpartners wie früher.²⁰

Der Nationalstaat kann mit seiner Politik aus einem weiteren Grund die Migrationsbewegungen kaum noch beeinflussen (siehe das zweite Eingangszitat dieses Abschnittes): Im Rahmen internationaler Beziehungen werden die Migranten, die ehemals ‘Vergessenen’ des Völkerrechts,

¹⁹ Zur ‚Privatisierung der Weltpolitik‘, ein widersprüchlicher, bislang zu wenig beachteter Aspekt der Globalisierung, vgl. den gleichnamigen Sammelband Brühl, Tanja et al 2001.

²⁰ Schulten (2000, 230 f.) spricht von einem „Wettbewerbskorporatismus“ im Gegensatz zum „sozialen Korporatismus“ der 60er und 70er Jahre. Der Wettbewerbskorporatismus erwies sich (im Gegensatz zur offenen Konfrontation der britischen Regierung und des Kapitals auf britischem Boden mit den Gewerkschaften) als „ein geeignetes Medium, die Gewerkschaften in die neoliberalen Restrukturierungsprojekte einzubinden“ (ebd., 232). - Ob sich die europäischen Gewerkschaften zukünftig als Teil des herrschenden neo-liberalen Blocks oder als solchen der sozialen Gegenbewegungen definieren bleibt abzuwarten.

mehr und mehr zu *Rechtssubjekten* aufgewertet. Der neue Status der Migranten, orientiert an diversen Menschenrechtserklärungen, hat das Terrain verändert, auf dem sich zwischenstaatliche Beziehungen abspielen (vgl. Sassen ebd.). Diese Entwicklung trägt, neben der Globalisierung der Wirtschaft, dazu bei, „neue Formen von Bürgerinitiativen und -aktivitäten hervorzu- bringen oder zu verstärken, mit einem breiten Spektrum von Trägern, das von Wirtschaftsverbänden bis zu internationalen NGOs reicht. Die Immigration ist immer stärker mit solchen neuen Betätigungsfeldern verflochten – oder sogar in sie eingebunden –, und entzieht sich damit, zumindest teilweise, der Kontrolle durch den souveränen Staat“ (ebd.). So steht der Nationalstaat vor dem Dilemma, einerseits souverän die Grenzen schließen zu können, andererseits (siehe das zweite Eingangszitat dieses Abschnittes) ihre Durchlässigkeit hinnehmen zu müssen und vor allem, einen Großteil der legal bzw. illegal Eingereisten, die die Kriterien einer Aufenthaltsberechtigung nicht erfüllen, aus humanitären Gründen nicht ausweisen zu können.

III.

Der EU-Kommissar A.Vitorino zur Einwanderungspolitik: „Die Null-Einwanderungspolitik der letzten 20 Jahre“ sei nicht mehr durchzuhalten, weshalb man eine „Politik der Öffnung“ einleiten müsse.

Oben sprach ich davon, dass sich die Fetischisten der Standortkonkurrenz und -sicherung ins Zeug legen müssten, den ‘liberalen’ Mittelschichten die Einwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften schmackhaft zu machen – zu ergänzen ist: überhaupt die Bevölkerung, einschließlich ihrer bislang eingewanderten Teile, für eine erneute dauerhafte Zuwanderung zu gewinnen. Die Begründung bringt der französische Europa-Abgeordnete Sam Naïr vom sozialistischen MDC knallhart auf folgenden kurzen Nenner: „Die europäische Wirtschaft braucht heute junge, kräftige und qualifizierte Arbeitskräfte, um *weiter wachsen* zu können und die *Überalterung der Bevölkerung* auszugleichen“ (zitiert nach Morice 2000; Herv. MO). Bünd-

nisgrüne deutsche Politikerinnen stehen dem kaum nach. So präsentierte die grüne Bundesausländerbeauftragte Marieluise Beck am 12.12.2000 einen Eckpunktbeitrag zur Debatten-Palette über die Quotenlatte für die „besten Köpfe“ der Erde; und Renate Künast bietet anhand eines Parteiratsbeschlusses vom 13.11.2000 „jenen Fremdenlegionären des IT-Business“ (N. Mert) eine Lebensperspektive, um den „vielfältigen deutschen Interessen in der Einwanderungspolitik“ gerecht zu werden: „Die deutsche Wirtschaft meldet trotz hoher Arbeitslosigkeit vom Handwerk bis zum IT-Business in vielen Bereichen zusätzlichen Bedarf an. Auch in der Pflege werden zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht werden. Unsere Chancen im internationalen Wettbewerb und bei der Erhaltung der sozialen Standards ist deshalb von der Zuwanderung insbesondere junger Menschen abhängig. Hierfür fehlt zur Zeit eine systematische Rechtsgrundlage, die wir dringend schaffen müssen. ... Im globalen Wettbewerb um Menschen mit besonderer Qualifikation wird Deutschland nur erfolgreich sein, wenn wir Zuwanderern eine dauerhafte Lebensperspektive bieten.“ VertreterInnen anderer Parteien im EU-Europa bzw. in Deutschland sehen die Notwendigkeit eines Einwanderungsbedarfs gleichermaßen und teilen selbstverständlich die Begründung nach weiterem wirtschaftlichen Wachstum und dem Ausgleich der Überalterung der Bevölkerung. Selbst Neokonservative leugnen inzwischen nicht mehr das Faktum Einwanderungsland Deutschland. Unter welchem Druck die diversen Parteien und Institutionen stehen, wird schon dadurch deutlich, mit welchem Nachdruck sie zur Zeit an Einwanderungskonzepten zimmern.

Je stärker das neokonservative und -liberale Lager unter politischen Druck geriet Einwanderungskonzepte zu entwickeln, um so massiver verstärkte es den *Druck auf bereits ansässige Immigranten*. In den 90er Jahren erhobene Mahnungen an diese wurden bekräftigt, wie z.B. (ergänzend zu oben unter I.): doch die deutsche Sprache zu erlernen (es gab bisher lediglich kostenlose Sprachangebote, inklusive Einweisung in die deutsche Alltagskultur, für deutschstämmige Aus- und Übersiedler und vietnamesische Boatpeople), Religion als Privatangelegenheit zu

betrachten, zu praktizieren (nicht anders als das Gros der ‘aufgeklärten’ Deutschen praktizieren genau dieses über (schätzungsweise) 80% der eingewanderten Muslime, Christen und Juden) und sich generell, wenigstens ab der zweiten Einwanderergeneration, dem Einwanderungsland stärker als dem Herkunftsland verbunden zu fühlen (Verbundenheit hat etwas mit soziokultureller Symmetrie zu tun). Die Adressaten dieser Forderungen, besser gesagt dieser Anwürfe, waren und sind nicht nur die Immigranten. Es gilt, die Mehrheitsgesellschaft zu beruhigen mit der Botschaft, dass es einen Preis hat, in diese aufgenommen zu werden, m.a.W.: es gibt Kriterien für einen ‘wertvollen Zuwachs’ für die deutsche Volksgemeinschaft.

Vorlagen für diese Forderungen bzw. Anwürfe kamen in den letzten Jahren auch aus dem pädagogischen Bereich, bzw. pädagogische Praktiker und Theoretiker ließen sich von Kritiken in Richtung Einwanderercommunities (besonders türkischer) beeindrucken.²¹ Weil sich spätestens seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr leugnen ließ, dass die Institution Schule mit ihrem Bildungsauftrag bei einem Großteil von Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft (Kinder der ersten und zweiten Generation) gescheitert war,²² wurden die Gründe dafür beim Klientel und seinem Einwanderungsumfeld selbst gesucht. So entlastet sich eine Institution vordergründig, die es nicht geschafft hat, geeignete interkulturelle Bildungs- und Erziehungskonzeptionen, die es gab und gibt, aufzugreifen, und sie in die Praxis umzusetzen – was auch, aber nicht nur eine Frage der Finanzierung ist. Eine Rolle spielt zudem sicherlich ein naives Vertrauen in und setzen auf

²¹ An anderer Stelle (1993/98, Abschnitte E 14,15; G 6) nehme ich dazu ausführlicher Stellung.

²² So verlässt in Berlin etwa ein Drittel der sogenannten ausländischen Jugendlichen die Schule ohne Abschluss und ein weiteres Drittel nur mit Hauptschulabschluss; nur jede/r fünfte 16 bis 20jährige steckt in einer Ausbildung. Rund ein Drittel der ‘aus’ländischen SchülerInnen verließ 1996 in Deutschland die beruflichen Schulen ohne Abschluss (bei den deutschen = 16%). Immerhin, das sollte nicht unterschlagen werden, erreicht heute ein Zehntel der Einwandererkinder ausländischer Staatsangehörigkeit die Hochschulreife. 1999 haben nur 2,5% aller türkischer Männer und Frauen den Bildungsabschluss Abitur (vgl. Bender/Rürup/Seifert /Sesselmeier 2000, 67 /69).

scheinbar naturwüchsig verlaufende Integrationsprozesse bei der zweiten und dritten Einwanderergeneration. – Ebenso tat und tut sich auch die hiesige, nicht nur dem herrschenden Mainstream angepasste Sozialwissenschaft schwer, im verminten Feld der Immigrationspolitik unbeeindruckt zu bleiben von vordergründigen politischen Einlassungen und Zuschreibungen.²³ So meint jüngst Meinhard Creydt (2001) ausmachen zu können, dass der „massenhafte“ Ausländerzuzug²⁴ zur Herausbildung jener „Spaltungs-, Indifferenz- und Entropieprozesse“ beitrage, die die Möglichkeit der Gestaltung der Gesellschaft durch sich selbst blockieren. In letzter Konsequenz läuft eine Überbetonung dessen, was Ausländer an zusätzlichen soziokulturellen pluralen Varianten in die Gesellschaft einbringen,²⁵ immer sehr leicht auf eine gesellschaftliche Schließung hinaus, die mehr Probleme schafft, als sie Gestaltungsoptionen eröffnet. „Man ist unfähig, sich als selbst zu konstituieren, ohne den anderen auszuschließen“ (Taguieff 1991, 243).

Was immer aber auch in den 80er und 90er Jahren an Haltungen in der Öffentlichkeit gegen eine zusätzliche Einwanderung produziert worden ist und bis heute wirkt: es wird dem neoliberalen Mainstream mit Sicherheit gelingen, die ‘Gemeinschaft der Wettbewerbsbürger’ zu überzeugen, dass sie Immigranten einzugliedern habe, um sich selbst zu stärken. Zum Gesellschafts-

²³ Vgl. das Kapitel D in meiner Arbeit 1993/98.

²⁴ Man sollte vorsichtig sein mit einer Zuschreibung wie „massenhafte“. Erstens deutet sie so etwas an wie ‘Ausländerschwemme’ und zweitens ist es ausgesprochen schwierig, die Entwicklung der Wirtschaft und der Zuwanderung zu prognostizieren. Nach Münz/Ulrich (2000, 39 ff.) kann nach dem wahrscheinlichsten (mittleren) Szenario von einer Zuwanderung bis 2030 ausgegangen werden, die den Gesamtdurchschnitt der letzten 30 Jahre von 170 000 Immigranten pro Jahr nur leicht übersteigt, der jedoch deutlich unter den Werten der Periode von 1986 - 97 liegt. Verrechnet man die Zahlen der Abwanderung und Einbürgerung (ausgehend von heutigen Anteilen), hätte Deutschland 2015 rund 8,8 und 2030 9,8 Mio. Einwohner ohne deutschen Pass und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung (2030 = 77,6 Mio.) läge bei 10,9 bzw. 12,6%, aufgrund des starken Geburtendefizits der Deutschen (2015 = 72,2; 2030 = 67,8 Mio.).

²⁵ Die gesellschaftliche ‘Produktion des vereinzelt Einzelnen’ (Marx) schreitet auch ohne Immigration voran, was Creydt sinngemäß ja selbst betont.

projekt des Neoliberalismus, das nicht nur das Hirngespinnst einer ökonomischen Lehrmeinung bezeichnet, gehört eben weiteres Wachstum und bei Abnahme der hiesigen Bevölkerungszahl (siehe die vorletzte Fußnote) ein Bevölkerungsausgleich per Einwanderung. Der Ausgleich muss so vonstatten gehen, dass er zur Standortsicherung und -optimierung beiträgt. Dass die Gemeinschaft der Wettbewerbsbürger auf Kosten anderer, Ausgegrenzter der eigenen Gesellschaft²⁶ und zu Lasten ganzer anderer Nationalstaaten, ihr Wirtschaftswachstum entfaltet, wird dabei in Kauf genommen. Und vergessen oder ignoriert wird, dass ‘Wachstum an sich’ kein Gradmesser für die Lebens- und Gesellschaftsqualität ist, nicht nur aus ökologischen Gründen.

Eine Politik, die sich dieser ‘Realpolitik’ nicht unterordnen und mehr betreiben will als „wettbewerbsstaatliche Anpassung“ (Görg/ Hirsch 1998, 341) – Migranten also nicht zur Manövriermasse nach einem Schaden-Nutzen-Kalkül funktionalisieren will²⁷ –, hat auf *Ursachenbekämpfung von erzwungener Migration* zu setzen. Das hört sich einfach an, bedeutet aber nicht weniger als Abbau von ungleicher Konkurrenz zwischen Nationalstaaten bzw. Abbau von Hegemonialstrukturen weltweit. Solche weitgreifenden Forderungen zielen auf eine Veränderung zentraler Strukturmerkmale des (globalen) Kapitalismus schlechthin und werfen die Frage nach handlungsmächtigen Akteuren gleich mit auf.

Nun bietet es sich auf den ersten Blick an, konzeptionell auf der globalen / internationalen Ebene anzusetzen, zumal Globalisierung zwar nicht der alleinige Verursacher von Migration ist, diese in ihren heutigen Ausmaßen und Formen aber wesentlich geprägt hat und prägt (siehe oben unter II. 2 die Punkte a 4., 5., 6. und b). Kann aber der „wilden Internationalisierung“ (Altvater/Mahnkopf 1996, 31), einschließlich der weltwei-

²⁶ Gemeint sind alle Individuen, gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte, die sich der Logik der Standortkonkurrenz nicht unterwerfen oder als Leistungsträger nicht gebraucht werden, ob ‘In’- oder ‘Aus’länder. Der neoliberale Gesellschaftsvertrag verspricht also alles andere als Harmonie.

²⁷ Zum Schaden-Nutzen-Kalkül im Kontext der Immigrationspolitik vgl. den Artikel von Gegenstandspunkt 2000.

ten Entgrenzung des Migrationsgeschehens, mit einem *Internationalismuskonzept* begegnet werden, das in der Ausnutzung von Chancen für eine internationale Demokratisierung das Rettende sieht? Gibt es m.a.W. einen „weltgesellschaftlichen Frühling“ (Röttger 1995, 29),²⁸ macht „Globalität als Ziel“ (Altwater/Mahnkopf 1996, 24) überhaupt Sinn? Diese Fragen können nur verneint werden. So verweisen Altwater/Mahnkopf (ebd., 25) m.E. zu Recht darauf, dass man zwar von einem Weltmarkt oder einem kapitalistischen Weltsystem sprechen könne, angesichts der soziokulturellen Zerrissenheit und Fragmentierung jedoch nicht von einer ‘Weltgesellschaft’. Dieser mangelte es an „Gesellschaftlichkeit“. Angesichts der faktisch bestehenden „Macht- und Interessenkonstellationen und des Fehlens eines Gewaltmonopols auf internationaler Ebene“ ist es nach Görg/Hirsch (1998, 339 f.) eine völlig offene Frage, ob der Ausbau von Rechtssystemen und Organisationen auf dieser Ebene durchgesetzt und garantiert werden könne. Generell gelte es die Frage zu stellen, ob politische Gestaltung „ab einer gewissen Größenordnung des Gemeinwesens und ab einem gewissen Grad von Zentralisierung“ überhaupt noch zu verwirklichen sei – ähnlich argumentieren Narr/Schubert (1994, 255).

Die nationale Ebene im Blick könnte man fragen: Was hindert eigentlich einen Nationalstaat wie z.B. Deutschland oder Frankreich, einen *Zuzugsstop für Arbeitsmigranten* zu erlassen und sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen? Das ist

²⁸ Bernd Röttger (1995, 29) fragt: „Konstitutionalisiert sich mit der ‘Global Governance’, einer Symbiose aus ‘Weltinnenpolitik’ und internationaler ‘Zivilgesellschaft’, eine Alternative zur weltweiten Hegemonie des Neoliberalismus?“ Zu diesem Konzept, das als pro-gressive Alternative zum Neoliberalismus präsentiert wird, zur Definition dessen, was Global Governance heißt (‘globale Ordnungspolitik’ nicht nur durch Re-gierungshandeln, besser ‘globale oder internationale Strukturpolitik’) vgl. Brand/Brunnengräber/Schrader/ Stock/Wahl 2000, 17 ff. Die Autoren unterziehen dem Konzept einer kritischen Prüfung und kommen zu dem m.E richtigen Schluss, dass es nicht hält, was es für viele verspricht: „Die zerstörerischen Wirkungen der Globalisierung sollen eingedämmt werden, ohne das kapitalistische (Markt-)Prinzip und die hegemonialen Akteure in Frage zu stellen“. - Kritisch zum Global-Governance-Konzept siehe auch Röttger ebd. und 1996.

sozusagen die bloße Umkehrung der neoliberalen These, sich selbst (nämlich die ‘Gemeinschaft der Wettbewerbsbürger’) durch die Eingliederung von Immigranten zu stärken.²⁹ Was ist mit dieser neu-alten Handlungsoption gewonnen? Nichts – sie bleibt bloße Möglichkeit, sie bleibt vor allem der Logik einer wettbewerbsstaatlichen Anpassungspolitik verhaftet. Je nach sozialer und ökonomischer Ausgangslage wird von Kapital/ Unternehmensseite und von Staat/Regierungsseite in eingespielter Arbeitsteilung das an Humankapital investiert bzw. eingesetzt, was für beide Seiten notwendig ist.³⁰ Darum ja auch der politische (Groß-)Schwenk innerhalb der letzten Jahre von der „Null-Einwanderungspolitik“ zur „Politik der Öffnung“ (siehe das Einleitungs zitat von III.), wobei beides in Reinform nie existiert hat und existieren wird. Des Weiteren klammert diese enge, nationale Betrachtungsweise das EU-Europa aus und unterschätzt den Migrationsdruck. Ihr geht es nicht um die Befindlichkeiten und Probleme der Migranten; die Ursachen der Migration geraten aus dem Blick. Eine solche Schließung (Zuzugsstop) würde letztlich auf die Etablierung einer Monokultur (weiter gefasst als Alltagskultur) hinauslaufen, die alles andere als erstrebenswert ist, denn Monokulturen haben bekanntlich keine lange Lebensdauer – was man gerade in Deutschland wissen müsste. Zudem ist der ‘nationale Wettbewerbsstaat’ schon nationalgeschlossen, schon selbstbezüglich genug, gerade bei aller Öffnung dem Welt(arbeits)markt gegenüber, genau das fasst ja der Begriff ‘dynamischer Protektionismus’ (siehe oben).

²⁹ Man konnte darauf warten, dass eine Stimme aus dem deutschen Blätterwald den Meinungsmarkt bedienen würde mit einer These ‘gegen’ die neoliberale Immigrationspolitik wie: „65 Millionen reichen auch“. So Heik Afheldt in: *DIE ZEIT*, 17.5.2001, S. 26. Seine Eingangs- und Schlussfrage lauten: „Kann man mit weniger Menschen in diesem Lande nicht sogar besser leben, besser, als auf Teufel komm raus Millionen von Ausländern anzuwerben, um den heutigen Einwohnerstand zu halten? (...) Wie wäre es, wenn Deutschland der Welt demonstrieren könnte, wie gut es sich auch mit einer geringeren Bevölkerungszahl leben und wirtschaften lässt? Das wäre ein wahrer Paradigmenwechsel.“

³⁰ Günstig für die Unternehmenseite ist natürlich in Hinblick auf Arbeitskräfte immer, aus dem Vollen schöpfen zu können.

Vielfach wird die generelle Forderung nach wieder *'mehr Staat'* laut, sie kommt zumeist von linken Sozialdemokraten und einigen linken Bündnisgrünen. Dieses Verlangen nach einer Wiederermächtigung des Staates impliziert in der Regel nicht eine grundsätzliche Kritik der Ausrichtung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit; m.a.W.: die Logik der Standortkonkurrenz wird damit keineswegs durchbrochen. Es geht lediglich darum, ganz konservativ – in Sehnsucht nach dem fordistischen (keynesianischen Sozial-) Staat bzw. in Trauer über die Aushöhlung des Nationalstaats –, die Auswüchse dieser Ausrichtung einzudämmen. Immerhin kann die Forderung nach mehr Staat dahin zielen, die Regierung unter Druck zu setzen, privaten Akteuren das politische Feld Arbeitsmarkt / Einwanderung nicht gänzlich zu überlassen. Andererseits geht es neueren sozialdemokratischen Projekten um einen „dritten Weg“ (Giddens 1998) zwischen den traditionellen Formen einer 'staatsinterventionistischen Politik' und einer 'marktradikalen Deregulierung', d.h. um die Verknüpfung von internationaler Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Ausgleich (vgl. Bieling 2000, 228). Diese neoliberale Variante kennzeichnen Esser/ Hirsch (1998; zitiert nach Bieling ebd.) nicht zu Unrecht als „nachhaltigen Neoliberalismus“.³¹

Um überhaupt politische Gestaltungsoptionen zu gewinnen, so habe ich oben Görg/Hirsch zitiert, sei eine gewisse Größenordnung des Gemeinwesens Voraussetzung, ein gewisses Maß an Überschaubarkeit ist unabdingbar, kann man ergänzen. Damit ist die *Stärkung lokaler und regionaler politischer Einheiten* angesprochen und eine weitgehende Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips (siehe Narr/Schubert 1994, 252 f.). Direkte Demokratie resp. 'Demokratie von unten', beide sind nur in vergleichsweise kleinen sozialen Räumen möglich. In diesen überschaubaren lokalen und regionalen Räumen vergrößert

³¹ Nach Bieling (ebd., 226 ff.) läßt sich der Prozess der neoliberalen Restrukturierung in bislang vier, nicht unbedingt synchron verlaufende Phasen unterteilen: in den „neokonservativen Neoliberalismus“ der ersten Phase, den „euphorischen“ der zweiten, den „disziplinierenden“ der dritten Phase und den genannten „nachhaltigen Neoliberalismus“ von heute.

sich aber nicht quasi naturwüchsig die Chance, dass wenigstens Teile der Bevölkerung das entscheidende Ziel des neoliberalen Gesellschaftsvertrages, die Formierung einer Wettbewerbsgesellschaft, infrage stellen. Die Formierung von Wettbewerbsgemeinschaften zeigt sich in regionalen, lokalen und betrieblichen Produktivitätspakten. Deren Ziel besteht darin, im Wettbewerb der Mobilisierung von bisher nicht ausgeschöpften ökonomischen Ressourcen und Potenzialen die Nase vorn zu haben.³² Selbst regionale und lokale Demokratie- und Autonomiebewegungen sind nicht davor gefeit, sich in diesem wohlfahrtschauvinistischem Denken und Handeln zu verfangen oder befangen zu bleiben – was dann je nach wirtschaftlicher Ausgangslage die Frage aufwirft: Sind uns Ausländer 'nützlich' oder nicht? Nicht umsonst insistieren Narr/Schubert (ebd., 256, 264) darauf, dass „direkte Demokratie“ nach einem „nicht bornierten, sondern weltbürgerlich geöffneten Lokalismus“ verlangt. „Nicht Lokalität als solche ... genügt schon. Sie kann ... muffig sein und eng, Vorurteile gebären statt Selbstbewusstsein.“ Hinzu kommt, dass lokale/regionale Gestaltungsspielräume abhängig sind von übergreifenden nationalen und vor allem transnationalen Regelungen, gerade Im-Migrationsfragen sind diesen unterworfen.³³

Für alternative Ansätze ist die Gefahr also groß, in den genannten Fallstricken hängen zu bleiben: in einem abstrakten Internationalismus, der sich im Grenzenlosen verliert; in einer bornierten, autozentrierten nationalstaatlichen Schließung; in einer naiven Erwartung, allein durch mehr Staat könne die marktradikale Deregulierung mehr als eingedämmt werden; im muffigen, spießigen oder selbstbezüglichen Lokalis-

³² Bieling (ebd., 233) betont mit Röttger (1997) und Hübner (1998), dass die Globalisierung nicht nur „von außen“ (über den Weltmarkt) wirkt, sondern „zugleich immer auch 'von innen' über die gesellschaftlichen Grundlagen der kapitalistischen Akkumulation – die technologischen und arbeitsorganisatorischen Bedingungen, die Kräfteverhältnisse und sozialen Kämpfe, die Formen der Regulation, Institutionen etc. – konstituiert wird“.

³³ Umgekehrt können regionale und lokale Demokratie- und Autonomiebewegungen Druck auf nationale und transnationale (Regierungs- und Nichtregierungs-) Organisationen und Institutionen ausüben.

mus. Die Wirkungen der Globalisierung (von außen und innen) dürfen nicht unterschätzt werden. Ich stelle kurz zwei Konzepte vor, die die Wirkungen des globalen Kapitalismus nicht kleinreden, in Form von Leitbildern aber durchaus Möglichkeiten für einen ‚Rückbau‘ der Globalisierung eröffnen. Zuvor will ich aber nicht darauf hinzuweisen versäumen, dass sich, angefangen von der lokalen bis hin zur globalen politischen Ebene, in den letzten Jahren eine Reihe von sozialen Gegenbewegungen zum herrschenden neoliberalen Block gebildet haben, die der neoliberalen Hegemonie generell und der neoliberalen Im-Migrationspolitik speziell nicht das Feld überlassen. Dass große Teile dieser Bewegungen ihre Kritik an der herrschenden Politik zu punktuell ansetzen und/oder in die unter I. genannten Fehler eines bestimmten politisch linken Spektrums verfallen, darf allerdings nicht unterschlagen werden.³⁴

Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert setzen, um überhaupt politische Gestaltungsoptionen zu gewinnen, nicht auf eine Wiedererstarkung des Nationalstaats, vielmehr auf die *Entwicklung weltweiter föderativer Strukturen*. „Weltweiter Föderalismus – das bedeutet, lokale und regionale Einheiten in ihrer Vielzahl zu erhalten, ja zu stärken ..., die nationalstaatlichen Grenzen zu relativieren ohne sie ersatzlos beseitigen zu wollen.“³⁵ Diese Relativierung würde erst allmählich

³⁴ Demgegenüber wären zwei positive Beispiele anzuführen: die deutsche Initiativen LabourNet Germany und WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung).

³⁵ Narr/Schubert (ebd., 257 f.) schreiben zur neuen relativierten Form von Nationalstaaten: „Überregional koordinierende und kontrollierende Instanzen wie die Nationalstaaten wird es auch in Zukunft geben. Koordinationen allein auf globaler Ebene können nicht funktionieren. Es bedarf neuer Zwischenmächte. Allerdings gilt es, solche Instanzen einem demokratischen Weltföderalismus gemäß einzurichten. Das aber bedeutet: die Nationalstaaten verlören ihren im Verlauf des 19. Jahrhunderts angenommenen Charakter“: 1. Der Souveränitätsanspruch ließe sich nicht mehr auf-rechterhalten. 2. Das Gewaltmonopol müsse erheblich eingeschränkt und demokratisiert werden. 3. Das Mittel nationaler Identifikation mit einem besonderen Staat sei demokratisch-menschenrechtlich zu relativieren. 4. Die starke Unterscheidung Staatsfreunde und Staatsfremde, gar -feinde produziere nur Spannungen und Spaltungen in

die weltweite Ungleichheit ausgleichen lassen. Koordinierende Dauerinstanzen wären zwischenstaatlich zu etablieren.“ Die lokale und regionale Balance wäre entgegen der weltweiten Zentrifugalkraft zu stärken: Ein strikt politisch-gesellschaftlicher „Verfassungsaufbau von lokal unten nach regional, überregional und weltweit oben“ (ebd., 252 f.) – im Gegensatz zu den gegenwärtigen Voraussetzungen: „Weltökonomie und ihr ‘Wirkungsgesetz’ von der Globalität zur Lokalität“ (ebd., 255). Narr/Schubert wissen natürlich: Angesichts einer Verschärfung der Konkurrenz der Standorte und einer Verstärkung internationaler Ungleichheiten sind lokale und regionale Einheiten mit dem Problem konfrontiert, dass ihre Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten über Varianten einer wettbewerbsstaatlichen Anpassung hinaus recht gering sind. Es käme vor allem darauf an, so Narr/Schubert selbst (ebd., 253 f), „die Ökonomie zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen und Entscheidungen zu machen. Wenn die pseudoprivater ökonomischer Definitionsmacht aller öffentlichen Belange bestehenbleibt und wenn es nicht gelingt, demokratisch zusätzlich zum mächtigen Profit- und Machtmotiv anderen, menschenrechtlich orientierten Motiven eine Chance zu verschaffen, dann ist die Lebensfalle ‘Weltökonomie’ nur katastrophisch zu öffnen. Erst inmitten von veränderten Institutionen, die veränderte Motive freimachten (und vice versa), könnte eine Repolitisierung der Politik stattfinden, in der die ihr ausgesetzten Bürgerinnen und Bürger ihr verstehend-mitbestimmender Teil würden.“

Kurt Hübner (1998, 351 ff.) spricht in Hinblick auf die Kerngruppe der entwickelten kapitalistischen Länder von einem politisch betrachtet „weichen“ Globalisierungszusammenhang, der durchaus „Spielräume für Politikgestaltung nationalstaatlich fixierter Akteure“ eröffne. Neben den (beiden aktuellen) Politiktypen, die zu einer blo-

der Gesellschaft. Gegen jene Unterscheidung zwischen (Staats-)Bürgern und Ausländern, gar Staatenlosen, sei ein qualitativ erweitertes Zuflucht- und Aufenthaltsrecht weltweit vorzusehen, in dem auch existenzielle politische Rechte enthalten sein müssen. „Nur in dieser relativierten Form sind ‘Nationalstaaten’ akzeptabel: nur in dieser Form werden sie weiterhin nötig sein.“

Ben „Anpassungspolitik“ an den Prozess ökonomischer Globalisierung degenerieren,³⁶ sieht Hübner Möglichkeiten durch eine Kombination folgender Politiktypen: Erstens „eine defensive Strategie, die die Globalisierungsprozesse zum Halten bringen will und auf einen status quo ante orientiert, um durch eine stärkere Abschottung nationaler Märkte gegenüber einem internationalen Strukturzusammenhang die Reichweite staatlicher Politikinstrumente gegenüber ihrer globalisierungsbedingten Erosion bewahren zu können“. Zweitens „eine konstruktive Strategie, die auf internationale Kooperation und den Aufbau internationaler Regime zur einvernehmlichen Regulierung global mobiler Ressourcen setzt“ (Herv. im Orig. gestr.). Der erste Politiktypus dürfe sich allerdings nicht auf den Versuch kaprizieren, „sich gegenüber den Globalisierungsprozessen mittels protektionistischer Maßnahmen abzuschotten“. Vielmehr *ginge es* in Kombination mit dem zweiten Typus gerade *darum*, „die Globalisierung funktionaler Kapitalformen innerhalb global-regionaler Verwertungszusammenhänge zu kanalisieren und dabei solche global-regionalen Regulationszusammenhänge aufzubauen, die es erlauben, den politischen Freiheitsgrad gegenüber Daten der globalen Ökonomie zu erhöhen ...“ (Herv. MO). Prinzipiell stellt nach Hübner das institutionelle Konstrukt der EU einen solchen global-regionalen Verwertungsraum dar. Der im heutigen Vertragswerk sich abzeichnende Regulationszusammenhang entspreche allerdings nicht den gerade genannten Kriterien. Dennoch könnte die EU zur entscheidenden Politikarena werden, „um sich den capture-Strategien von Staat und Kapital zu entziehen (Herv. im Orig. gestr.). Soll der poli-

³⁶ Die beiden Typen bloßer Anpassungspolitik kennzeichnet Hübner so: „Eine *passive* Strategie, die angesichts des globalen Strukturzusammenhangs auf die Formulierung und Verfolgung eigenständiger, nach binnengesellschaftlichen Kriterien orientierten Politik verzichtet. [Und eine] *exploitative* Strategie, die die partiellen Chancen des Globalisierungsprozesses nutzt, indem sie die mobilen Fraktionen des Kapitals unterstützt, sei es durch politische Maßnahmen zur Senkung von Lohnkosten und/oder Senkung von Umweltstandards (,Sozial- und/oder Umweltdumping‘) oder sei es durch Maßnahmen zur Steigerung der ‚systemischen Wettbewerbsfähigkeit‘.“

tische Freiheitsgrad und damit die Wahlmöglichkeit zwischen politischen Optionen gesteigert werden, bedürfe es allerdings der Durchsetzung eines alternativen EU-weiten Regulationszusammenhangs. Eine solche politische Initiative ist allerdings heute nirgendwo in Sicht.“ Zusammenfassend verweist Hübner darauf, „dass territorialisierte Akteure unter Bedingungen einer globalen Ökonomie zur Wiederherstellung politischer Handlungsfähigkeit auf die Herausbildung einer supranationalen Regulationsweise angewiesen sind, die die ökonomischen Prozesse von Globalisierung kanalisiert und an demokratische und sozialstaatliche Mindestnormen rückbindet“ (ebd., 354).

Es gibt also durchaus politische Alternativen zu einer wettbewerbsstaatlichen Anpassung an den Prozess ökonomischer Globalisierung, wenn auch die Durchsetzungschancen für die Etablierung weltweiter regionaler Einheiten und eines alternativen EU-weiten Regulationszusammenhangs zur Zeit nicht gerade erfolversprechend sind. Eine Regionalisierung der Ökonomie³⁷, die die nationalstaatlichen Grenzen relativiert bzw. überschreitet, darf jedoch nicht zu Lasten anderer, nicht nur angrenzender Regionen betrieben werden. Eine Verschanzung nach folgendem Motto ist kontraproduktiv: Wir in unserer Region, wir im EU-Europa müssen in allererster Linie *unsere* Gestaltungsoptionen erweitern, um uns dann, sozusagen in einem zweiten Schritt, dem ‚Rest‘ der Welt, der sog. II. und III. zuzuwenden. So wird, in bekannter eurozentrischer Manier, das Problem der asymmetrischen Verteilung ökonomischer (politischer, militärischer und kultureller) Macht ausgeklammert. Erst eine Nichtvertagung auf den St.-Nimmerleinstag schüfe indes die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Ursachenbekämpfung von erzwungener Migration weltweit.

Kurzfristig stehen, nicht als Ersatz, eine Reihe von notwendigen institutionellen Reformschritten auf der Tagesordnung, solchen also, die nicht mit einem strukturtransformierenden Handeln iden-

³⁷ Für sie macht sich auch Elmar Altvater (1995, 202) stark. Sie solle nach ihm die in der Region aktiven Akteure mit einbeziehen: über die traditionellen Tarifpartner hinaus auch lokale und regionale Institutionen, BIs, die ‚neuen‘ sozialen Bewegungen.

tisch sind. Ich verweise zum Schluss auf eine (nicht vollständige) Reihe solcher Schritte:

1. Die nationale *Sozial- und Arbeitsmarktpolitik* ist zu verändern und EU-weit auszubauen:
Abschaffung der sog. 3-D-Arbeit, des Niedriglohnssektors und des zweiten Arbeitsmarktes.
Eine Migrationssozialarbeit, „welche hilfsbedürftigen Migranten und Einwanderern Möglichkeiten eröffnet, an Kompetenzen und Ressourcen zu gelangen, die ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und die in verschiedenen Subsystemen wie Familie, Schule und Betrieb gestellten Anforderungen relativ erfolgreich zu bewältigen“ (Treichler 2000), ist gesellschaftlich notwendig.
Transnationale Migration muss als sozialpolitische Herausforderung betrachtet werden und nicht als kollektives Sicherheitsproblem, das den Ministerien für Justiz und Inneres überantwortet wird (vgl. Treichler ebd.).
2. Die *Bildungspolitik* ist zu verändern³⁸:
Gegen ein marktgesteuertes Bildungssystem einschließlich der Etablierung eines 'Wissensmarktes'. Bildung muss (wieder) stärker in die Gesellschaft hereingeholt werden.
Bildung darf sich nicht an der Standortpolitik und -sicherung ausrichten und betriebswirtschaftlichen Normen und Imperativen unterordnen – keine 'lean education'.
Bildung hat zudem die Bedürfnisse und Interessen der Einwanderer einzubeziehen. Interkulturelles Lernen wird in der Einwanderungsgesellschaft zur Notwendigkeit, und zwar für In- und 'Aus'länder gleichermaßen
3. Eine *Politik der „selektiven Einwanderung“* (Gegenstandspunkt 2000, 31), der Zweiteilung der Arbeitsmigranten muss verhindert werden (siehe oben).
4. Die *Legalisierung aller sog. Illegalen* muss sofort in Kraft treten: 500 000 bis eine Mio. Menschen leben 'ohne Papiere' (franz. 'sanspapiers') in Deutschland. „Wer illegal in Deutschland lebt und arbeitet, hat gesetzlich einen Anspruch auf Zahlung seines Lohns.

'Illegale' besitzen das Recht, bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt Leistungen des staatlichen Gesundheitswesens zu nutzen und ihre Kinder auf die Schule zu schicken.“ In einigen Bereichen ist das deutsche Recht paradox. So sind Grund- und Hauptschulen einerseits verpflichtet, illegal in Deutschland lebende Kinder zu unterrichten. Zugleich machen sich aber Schulleiter, die die 'Illegalen' einschulen dadurch strafbar. Gleiches gilt für Ärzte, die diese Menschen behandeln. (Vgl. FR 12.2.01, S. 5)

Literatur

- ALTVATER, Elmar 1994: Operation Weltmarkt oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaats in den nationalen Wettbewerbsstaat
In: *PROKLA* 97, 4'94, S. 517-548
- DERS. 1995: Wettlauf ohne Sieger. Politische Gestaltung im Zeitalter der Geo-Ökonomie
In: *BLÄTTER* 2'95, S. 192-202
- ALTVATER, Elmar / MAHNKOPF, Birgit 1996: Die globale Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts
In: *WIDERSPRUCH* 31, 2'96, S. 19-32
- DIES. 2000: In der „new economy“ ist nicht alles Gold, was glänzt
In: *FR* 14.12.2000, S. 14
- BADE, Klaus J. 2000 a: Pfade in die Festung - Illegale Einwanderung und irreguläre Beschäftigung in Europa
In: *DIE BRÜCKE* 115, 5'2000, S. 11-13
- DERS. 2000 b: Die Angst vor dem Süden
In: *FR* 20.11.2000, S. 8
- BADE, Klaus J. / MÜNZ, Rainer (Hg. für den Rat für Migration) 2000: Migrationsreport 2000. Fakten - Analysen - Perspektiven. Ffm./New York
- BAUMANN, Hans / LAUX, Ernst-Ludwig / SCHNEPF, Myriam 1996: Tarifpolitik unter dem Globalisierungsdruck. Zur Supranationalisierung der Tarifpolitik am Beispiel des Baugewerbes
In: *WIDERSPRUCH* 31/96, S. 47-56
- BENDER, Stefan / RÜRUP, Bert / SEIFERT, Wolfgang / SESSELMEIER, Werner 2000: Migration und Arbeitsmarkt
In: *BADE/MÜNZ* (Hg.) 2000, S. 59-84

³⁸ Ausführlich dazu meine beiden schon angeführten Arbeiten.

- BIELING, Hans-Jürgen 2000: Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung – Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen. Münster
- BRAND, Ulrich / BRUNNENGRÄBER, Achim / SCHRADER, Lutz / STOCK, Christian / WAHL, Peter 2000: Global Governance: Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster
- BRÜHL, Tanja / DEBIEL, Tobias / HAMM, Brigitte / HUMMEL, Hartwig / MARTENS, Jens (Hg.) 2001: Die Privatisierung der Weltpolitik: Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Bonn
- CREYDT, Meinhard 2001: Bevölkerungszahl, Zuwanderung und Multikulturalismus. Lebens- und Gesellschaftsqualität als Kriterium der Beurteilung
In: *KOMMUNE* 2'01, S. 43-46
- GEGENSTANDSPUNKT 2000: Ein Herrenvolk sortiert seine Zuwanderer
In: *DIE BRÜCKE* 115, 5'2000, S. 31-33
- GÖRG, Christoph / HIRSCH, Joachim 1998: Chancen für eine „internationale Demokratie“?
In: *DAS ARGUMENT* 225, 3'98, S. 319-344
- HIRSCH, Joachim 1995a: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin - Amsterdam
DERS. 1995b: Mythos Globalisierung
In: *links* 302/303'95, S. 23-25
DERS. 1996: Weltkapitalismus oder Nationalstaat - eine falsch gestellte Frage (Bemerkungen zu Jean MILIOS)
In: *DAS ARGUMENT* 217'96, S. 725-728
DERS. 2000: Die Internationalisierung des Staates
In: *DAS ARGUMENT* 236, 3'2000, S. 325-339
- HINKEN, Günter 2001: Als aus „Gastarbeitern“ gewählte Betriebsräte wurden
In: *FR* 2.5.2001, S. 18
- HIRST, Paul / THOMSON, Grahame 1998: Globalisierung? Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Nationalökonomien und die Formierung von Handelsblöcken
In: Beck, Ulrich (Hg.) 1998: Politik der Globalisierung, S. 85-133
- HOLLOWAY, John 1993: Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat
In: *PROKLA* 90'93, S. 12-33
- HÜBNER, Kurt 1998: Der Globalisierungskomplex: grenzenlose Ökonomie – grenzenlose Politik? Berlin
- JÄHNER, Rolf 1993: Migration - Asyl - Ausländerfeindlichkeit. Zumutungen und Begründungsnotstände
In: *PROKLA* 90'93, S. 50-64
- MERT, Necati 2001: Leitkäufe im Treibhaus der Zuwanderungsfrüchte
In: *DIE BRÜCKE* 117, 1'2001, S. 30-49
- MORICE, Alain 2000: Rentable Immigranten. Globalisierte Ökonomie - Arbeit ohne Grenzen
In: *LE MONDE diplomatique* 11'2000, S. 14
- MÜNZ, Rainer / ULRICH, Ralf E. 2000: Migration und zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland
In: BADE/MÜNZ (Hg.) 2000, S. 23-58
- NARR, Wolf-Dieter / SCHUBERT, Alexander 1994: Weltökonomie. Die Misere der Politik. Ffm.
- OHM, Manfred 1993/98: Probleme einer Programmatik der Interkulturellen Bildung und Erziehung (MS). Berlin
DERS. 2000: Lean production - lean persons - lean education. Zur 'reform'-pädagogischen Debatte heute. (MS) Berlin
- RÖTTGER, Bernd 1995: Global Governance oder Politik des Weltmarkts? Ideologische Renovierungen des kapitalistischen Weltsystems
In: *links* 302/303'95, S. 29-31
DERS. 1996: WELTverGESELLSCHAFTung. Für eine kritische Theorie der kapitalistischen Globalisierung
In: *links* 308/309'96, S. 38-40
DERS. 1997: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation: die politische Konstitution des Marktes. Münster
- SASSEN, Saskia 2000: Migration und Staatssouveränität - Arbeit ohne Grenzen?
In: *LE MONDE diplomatique* 11'2000, S. 1 und 12 f.
- SCHULTEN, Thorsten 2000: Zwischen nationalem Wettbewerbskorporatismus und symbolischen Euro-Korporatismus - zur Einbindung der Gewerkschaften in die neoliberale Restrukturierung Europas
In: Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hg.) 2000: Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster 2000, S. 222-242
- TAGUIEFF, Pierre-André 1991: Die Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus
In: Bielefeld, Uli (Hg.) 1991: Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt. Hamburg, S. 221-268

TREICHLER, Andreas 2000: Eine Jahrhundertaufgabe, der sich die EU nicht stellt. Die gemeinsame Sozialpolitik spielt immer noch eine untergeordnete Rolle

In: *FR* 3.8.2000, S. 9

Anhang zur Fußnote 1

In der Debatte, die seit über zehn Jahren um den schillernden Begriff 'Globalisierung' kreist, geht es um die Frage, inwieweit der Nationalstaat und die mit ihm verbundenen politischen Institutionsformen noch Ausgangspunkt und Feld originär politischer Gestaltung sein können. Sprechen die einen bereits verkürzt von einer 'Auflösung' der traditionellen Staaten (nicht wie oben Holloway von einer 'Aushöhlung') und vom Ende jeder Politik auf einzelstaatlicher Ebene, so andere genauso einseitig davon, daß sich eigentlich nichts verändert habe.* Letztere versuchen ihre These anhand statistischer Zahlen zur Entwicklung von Handel, Investitionen und Arbeitsmigration vergangener Phasen der Internationalisierung zu belegen (als primärer Referenzzeitraum gilt ihnen die Phase von 1870 - 1914, die Ära des Goldstandards), so als ob damit die gravierende Veränderung der globalen kapitalistischen Formation ins Blickfeld geriete.**

Die Vertreter der zweiten These neigen insofern zu einer Unterschätzung der Globalisierungsprozesse, als sie generell davon absehen, inwieweit von „qualitativ unterschiedlichen historischen Formationen des Kapitalismus“ (Hirsch 1996, 726) auszugehen ist. Zwar gelten grundlegende Strukturmerkmale und die daraus resultierenden ökonomischen und sozialen Dynamiken des Kapitalismus nach wie vor, aber gleichzeitig verändert sich seine konkrete ökonomische und politische Gestalt (vgl. ebd.). Andererseits ist Globalisierung aber auch der Begriff, „mit dem die sich globalisierenden politökonomischen Realitäten nur affirmativ verdoppelt werden und die Unterjochung von Gesellschaften unter das Diktat des globalen Kapitalismus vorangetrieben wird“ (Röttger 1996, 38). Vertreter der ersten These neigen zu dieser affirmativen Verdoppelung. Globalisierung wird zu einem Mythos,

der auf der Vorstellung beruht, „es handle sich beim aktuellen Strukturwandel der Weltwirtschaft um das Ergebnis objektiver ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, denen ... nichts mehr entgegenzusetzen sei. Übersehen wird dabei, dass die Entwicklung des Kapitalismus keiner objektiven Logik folgt, sondern immer schon das Produkt politisch-sozialer Kämpfe war und dies auch bleibt“ (Hirsch 1995b, 24).

* Die erste Position ist nicht nur eine neoliberale Variante, sie findet sich auch in neomarxistischen Ansätzen. Für die zweite skeptische Sichtweise vgl. z.B. Hirst/Thomson, aber auch Jean Milios Aufsatz 1996: Internationalisierung des Kapitals, Gesamtkapital und Nationalstaat (in: *DAS ARGUMENT* 217, 5/6'96, S. 713-724), den Joachim Hirsch (1996) kritisch durchleuchtet.

** Kurt Hübner (1998), der in seiner Arbeit die zentralen Globalisierungshypothesen empirisch auslotet, kommt zu dem Ergebnis, dass in quantitativer Hinsicht von einer „umfassenden Globalisierung“ nicht gesprochen werden kann, in qualitativer Hinsicht aber durchaus von einer „Globalisierungstendenz“. Inwieweit die-se aber nachhaltig sei, dürfe als offen gelten. Außerdem müssten in den nationalen Reproduktionssystemen unterschiedlich stark weltmarktintegrierte Akteure unterschieden werden (vgl. ebd., 344 f.).